

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 26.09.2010

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 10. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 23.09.2010****öffentlich****5.8 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mehrkosten bei den Ausbaugewerken (Rollrauschürzen), Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
3314/2010**

RM dos Santos Herrmann macht für die SPD-Fraktion deutlich, dass die Maßnahme durchaus sinnvoll erscheine. Gleichwohl handele es sich hier wieder um eine erhebliche Kostenerhöhung, bei der die Frage aufgeworfen werden müsse, warum sie nicht bereits früher angezeigt wurde. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die erst vor einem halben Jahr vorgelegte Kostensteigerung bei den Ausbaugewerken. Ihre Fraktion möchte die Vorlage noch intern beraten, daher schlage sie vor, sie heute ohne Votum weiter zu verweisen.

SE Vietzke möchte wissen, warum kein Auszug aus der Sitzung des Gestaltungsbeirates vorliege. Zudem bitte er um Prüfung, an welchen Stellen auf die stationären Einglasungen verzichtet werden könne. Notwendig sei diese sicherlich an der Haltestelle Heumarkt. Jedoch entstünden durch die enormen Verglasungen Angsträume ohne soziale Kontrolle. Hier müsse aus seiner Sicht deutlich nachgebessert werden.

Auch RM Kirchmeyer spricht seitens der FDP-Fraktion die Verglasungen an und bittet hierzu um nähere Darstellung.

BG Streitberger weist darauf hin, dass die Sitzungen und somit auch die Niederschriften des Gestaltungsbeirates vertraulich bzw. nichtöffentlich seien; ein Auszug aus der Niederschrift konnte daher nicht umgedruckt werden. Er könne jedoch aus der Sitzung berichten, dass der Gestaltungsbeirat sich nicht in der Lage gesehen habe, eine abschließende Empfehlung auszusprechen; er habe die Maßnahmen je-

doch nicht unkritisch gesehen und empfohlen, mit den jeweiligen Architekten Kompromisslösungen zu suchen.

Die Frage des RM dos Santos Herrmann aufgreifend erläutert Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, dass zum damaligen Zeitpunkt zwar schon die Überlegung bestanden habe, die ursprünglich vorgesehenen mobilen Rauchschürzen zu ersetzen. Allerdings sei die Planung, die in Abstimmung mit den gestalterisch tätigen Architekten der jeweiligen Haltestellen durchgeführt wurde, noch nicht abgeschlossen gewesen. Erst nach Abschluss dieser Planung – im Sommer dieses Jahres – konnte eine Bepreisung vorgenommen werden. Hintergrund der Änderung seien die höheren Brandschutzaufgaben der letzten Jahre. Die mobilen Rauchschürzen werden diesen zwar auch gerecht; Erfahrungen aus anderen Städten – Bochum und Hamburg – hätten jedoch gezeigt, dass diese mobilen neuen Anlagen erhebliche Folgekosten durch enorm hohe Ausfallzeiten verursachen. Bei vier Haltestellen sei die KVB mit den Architekten zum Ergebnis gelangt, dass es sinnvoller sei, ein Großteil der mobilen Rauchschürzen durch feste Verglasungen zu ersetzen. Diese führen neben der Erhöhung der investiven Kosten – nachhaltig betrachtet 116.000 € jährlich - zwar zu geringeren Folgekosten für die Wartung und Instandhaltung, die jedoch im Vergleich zur Investition marginal seien, nämlich 140.000 € jährlich. Er bitte um Verständnis, dass die Mehrkosten nicht zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt wurden; die Erfahrungen aus den anderen Städten seien jedoch relativ aktuell.

Anhand einer Präsentation stellt er anschließend die geplante Optimierung der Rauchschutzmaßnahmen in den vier Haltestellen vor.

RM dos Santos Herrmann sieht sich in ihrer Einschätzung bestätigt, dass eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung nicht möglich sei. Sie bittet, für die abschließende Entscheidung im Rat die Erfahrungen der anderen Städte mit Zahlen und Daten zu hinterlegen. Zudem bezweifle sie nach dem sehr anschaulichen Vortrag, dass die Folgekosten wirklich marginal sein werden. Aus ihrer Sicht sei es ein enormer Aufwand, die Einglasungen ordentlich und sauber zu halten. Auch hierzu bitte sie um eine weitergehende Bewertung.

SB Möller möchte wissen, warum die Haltestelle Heumarkt – hier wird das Treppenhaus an drei Seiten mit Glas eingehaust, die vierte Seite mit Beton – komplett verglast werden müsse und nicht vielmehr der Raum horizontal abgeschnitten werden könnte. Dies sei aus seiner Sicht wesentlich kostengünstiger.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert RM Tull ihr Unverständnis über den Druck, die Planung jetzt zu verändern. Die vorgetragenen Argumente seien aus ihrer Sicht unzureichend bzw. nicht plausibel und gewichtig genug und sollten noch verstärkt werden. Auch die Gestaltung der Haltestelle, insbesondere am Chlodwigplatz, halte sie für nicht sehr attraktiv.

RM Kirchmeyer schließt sich diesen Ausführungen mit Nachdruck an. Sie erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Verglasung der Rodenkirchener Brücke, die oftmals mit Graffiti beschmiert oder auch zerstört werde. Auch sie könne der Vorlage heute nicht zustimmen.

SB Schiele spricht den ungewissen Zeitpunkt der vollständigen Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn an. Für ihn mache es keinen Sinn, nun kostspielige Planungsänderungen vorzunehmen, wenn nicht absehbar sei, in wie vielen Jahren die Stadtbahn in Betrieb genommen werde. In einigen Jahren seien vermutlich auch wieder andere Auflagen und Bestimmungen maßgeblich.

SE Feld möchte einen genaueren Vergleich der Reinigungskosten für die Einglasungen mit den Wartungskosten für die mobilen Rauchschürzen.

Herr Höhn sagt zu, alle aufgeworfenen Fragen und Hinweise aufzunehmen und bis zur Ratssitzung am 07.10. erneut Stellung zu beziehen bzw. eine transparente Darstellung vorzulegen. Angesichts der unter TOP 5.6 beschlossenen vorzeitigen Teilerbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn benötige die KVB eine abschließende Entscheidung in der kommenden Ratssitzung.

RM Möring führt aus, dass es auch sehr bedauerlich sei, dass mit einem erheblichen Aufwand Architekten mit der Gestaltung der Haltestellen beauftragt wurden und nun deren Arbeit im Nachhinein „zunichte“ gemacht werde. Von Interesse sei für ihn auch, welche konkreten Erfahrungen mit dem Ausfall von mobilen Anlagen gemacht wurden, d.h. welcher Zeitraum für eine etwaige Reparatur angesetzt werden müsse.

Auch RM Kirchmeyer erkundigt sich nach konkreten Vorfällen in den anderen Städten, beispielsweise wie oft und wie lange die Anlagen ausgefallen seien.

SB Möller verweist auf das bereits genehmigte Brandschutzkonzept und fragt, ob es nun neuere Erkenntnisse oder Forderungen der Aufsichtsbehörde gebe.

Auf die Fragen der RM Möring und Kirchmeyer eingehend erläutert Herr Höhn, dass die Ausfälle der Anlagen in Bochum und Hamburg sehr differenziert waren. Gehe eine Sicherung kaputt, handele es sich lediglich um einen kurzen Ausfall; verhake sich jedoch die Mechanik, dann sei der Ausfall länger. Da die mobilen Anlagen zudem relativ neu seien, seien die der KVB bekannten Erfahrungswerte hinsichtlich der Dauer der möglichen Ausfallzeiten und des Aufwandes für Reparaturen nicht so hoch. Aufgabe der KVB sei es, die Fahrgäste sicher von A nach B zu transportieren; die Funktionalität eines Haltestellenbauwerkes habe daher oberste Priorität. Den Brandschutzaufgaben werde auch mit den mobilen Rauchschürzen genüge getan; allerdings müsse bei einer Störung bzw. einem Ausfall der Anlagen mit den Behörden abgewogen werden, ob die Haltestelle geräumt, der Bereich gesperrt werde oder die Bahnen „lediglich“ durchfahren müssen. Letztendlich sei es eine Einzelfall bezogene Entscheidung.

RM Kirchmeyer macht auf einen Widerspruch aufmerksam. Nach den Ausführungen in der Vorlage befürchte der Architekt der Haltestelle Heumarkt durchaus negative Auswirkungen durch eine Umgestaltung.

SE Arenz bittet um Mitteilung, ob auch Erfahrungen aus anderen Ländern vorliegen.

Die Frage wird von Herrn Höhn verneint. Die Gesetzgebung sei jedoch auch landesspezifisch sehr unterschiedlich. An RM Kirchmeyer gewandt, weist er zudem darauf hin, dass der Entwurf mit den Glasbausteinen vom Architekten stamme. Dieser habe lediglich den Auftrag erhalten, die Machbarkeit zu prüfen.

Abschließend bittet Ausschussvorsitzender Waddey die aufgeworfenen Fragen möglichst frühzeitig vor der Ratssitzung zu beantworten und stellt den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt